



2014

# Statistik Kommunal

## Satteldorf



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

127 073

## Impressum

---

### Statistik Kommunal 2014

Artikel-Nr. 8035 14001

Herausgeber und Vertrieb  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis  
11,00 Euro zuzüglich Versandkosten

© Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme / Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Autoren  
Dr. Bernhard Hochstetter, Sabine Maurer,  
Martin Winter

Redaktion  
Katrin Böttinger

Technische Leitung  
Wolfgang Krentz

DTP/Grafik  
Wolfgang Krentz, Simela Exadakilou

---

2014

# Statistik Kommunal

## Satteldorf



## Einführung und Inhalt

Die sechste Auflage von „Statistik Kommunal“ hat nicht nur ein neues Gewand, sondern ist auch inhaltlich um interessante Themen erweitert. So finden Sie nun auch Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnung, der Gemeinderatswahlen und Daten zur Bautätigkeit. Einige Themen wurden zudem um thematische Karten ergänzt.

Die Broschüren, die für jede der 1 101 Gemeinden im Land verfügbar sind, bieten einen Überblick über wichtige statistisch auf Gemeindeebene beschreibbare Lebensbereiche. Die Kenngrößen der Gemeinden werden in übersichtlichen Tabellen zum jeweils aktuellsten Stand dargestellt. Soweit Daten verfügbar sind, wird auch die Entwicklung über die letzten 10 Jahre präsentiert. Jedes Kapitel wird mit einem knappen allgemein verständlichen Text eingeleitet, der auch die entsprechenden Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse helfen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystems Baden-Württemberg verwendet. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere kommunale Daten sind auch auf der Homepage des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg ([www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)) unter „Regionaldaten“ sowie im „Demografie-Spiegel“ abrufbar.

Gemeindedaten im Überblick .....	4
Zeichenerklärung .....	6
Fläche.....	7
Bevölkerung .....	8
Bevölkerungsvorausrechnung .....	10
Parlamentswahlen .....	12
Gemeinderatswahlen .....	13
Bauen .....	14
Wohnen .....	15
Bildung .....	16
Beschäftigung und Arbeitsmarkt .....	18
Landwirtschaft .....	19
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal .....	20
Wasserwirtschaft .....	21
Verkehr .....	22
Fußnoten .....	24
Erläuterungen und Definitionen.....	25

## Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
<b>Fläche</b>		
Fläche insgesamt 2013	ha	4 621
<b>Bevölkerung</b>		
Bevölkerung Ende 2013	Anzahl	5 237
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2013	Anzahl	+ 9
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2013	Anzahl	+ 1
Bevölkerungszu-/abnahme 2013	Anzahl	+ 10
<b>Wohnen</b>		
Wohngebäude 2013	Anzahl	1 517
Wohnungen 2013 <sup>1)</sup>	Anzahl	2 293
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2013/2014	Anzahl	252
Schüler an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2013/2014 <sup>3)</sup>	Anzahl	188
Schüler an Realschulen 2013/2014	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2013/2014	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2013/2014	Anzahl	.
<b>Beschäftigung und Arbeitsmarkt</b>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2013	Anzahl	2 716
Pendlersaldo 2013	Anzahl	+ 557
Arbeitslose insgesamt 2013	Anzahl	81
Arbeitslose Frauen 2013	Anzahl	33
<b>Landwirtschaft</b>		
Landwirtschaftliche Betriebe 2010	Anzahl	63
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010	ha	2 623
<b>Tourismus</b>		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2013	Anzahl	5
Schlafgelegenheiten insgesamt 2013	Anzahl	124
Ankünfte insgesamt 2013	Anzahl	7 082
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2013	Anzahl	15 077
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2013	Anzahl	4 991
<b>Gemeindefinanzen</b>		
Steuerkraftmesszahl 2013	1 000 EUR	3 803
Steuerkraftsumme 2013	1 000 EUR	4 019
Schuldenstand 2013	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2013	%	360
<b>Verkehr</b>		
Kraftfahrzeugbestand 2013	Anzahl	4 824
Straßenverkehrsunfälle 2013 <sup>4)</sup>	Anzahl	38
Verunglückte Personen 2013	Anzahl	39

## ... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
<b>Fläche</b>				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2013	%	15	12	14
Waldfläche 2013	%	18	32	38
Landwirtschaftsfläche 2013	%	64	55	46
<b>Bevölkerung</b>				
Bevölkerungsdichte 2013	Einw/km <sup>2</sup>	113	126	298
Ausländeranteil 2013	%	4	7	12
Durchschnittsalter 2013	Jahre	41,6	42,7	43,2
Durchschnittsalter 2030	Jahre	45,8	46,2	45,7
<b>Bundestagswahl 2013</b>				
Wahlbeteiligung	%	69,0	69,6	74,3
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	46,5	45,0	45,7
SPD	%	19,3	20,6	20,6
FDP	%	5,5	6,7	6,2
GRÜNE	%	10,1	10,8	11,0
DIE LINKE	%	4,4	5,1	4,8
<b>Wohnen</b>				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2013	%	72	66	61
Wohnfläche je Einwohner 2013	m <sup>2</sup>	48	48	46
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2013/2014	%	.	17	12
Übergänge auf Realschulen 2013/2014	%	.	46	36
Übergänge auf Gymnasien 2013/2014	%	.	33	45
<b>Beschäftigung und Arbeitsmarkt<sup>5)</sup></b>				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2013	%	80	44	37
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2013	%	13	19	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2013	%	7	37	43
<b>Tourismus</b>				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2013	%	33	28	36
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2013	Tage	2,1	2,2	2,6
<b>Gemeindefinanzen</b>				
Steuereinnahmen je Einwohner 2013 <sup>6)</sup>	EUR	1 082	1 066	1 191
Schuldenstand je Einwohner 2013	EUR	–	777	987
<b>Wasserwirtschaft</b>				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2010	Liter/Tag	130	121	115
Trinkwasserpreis 2013	EUR/m <sup>3</sup>	1,50	2,20	2,01
<b>Verkehr</b>				
Pkw je 1 000 Einwohner 2013	Anzahl	687	603	567

## Abkürzungen

- % – Prozent
- Einw. – Einwohner
- EUR – Euro
- ha – Hektar
- m<sup>2</sup> – Quadratmeter
- km<sup>2</sup> – Quadratkilometer
- m<sup>3</sup> – Kubikmeter
- LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche
- Mill. – Millionen
- Mrd. – Milliarden

## Zeichenerklärung

- 0 Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen



## Fläche

Die Fläche des Landes Baden-Württemberg umfasst 3,575 Mill. Hektar (ha). Die Durchschnittsgröße der 1 101 Gemeinden des Landes liegt bei 3 241 ha.

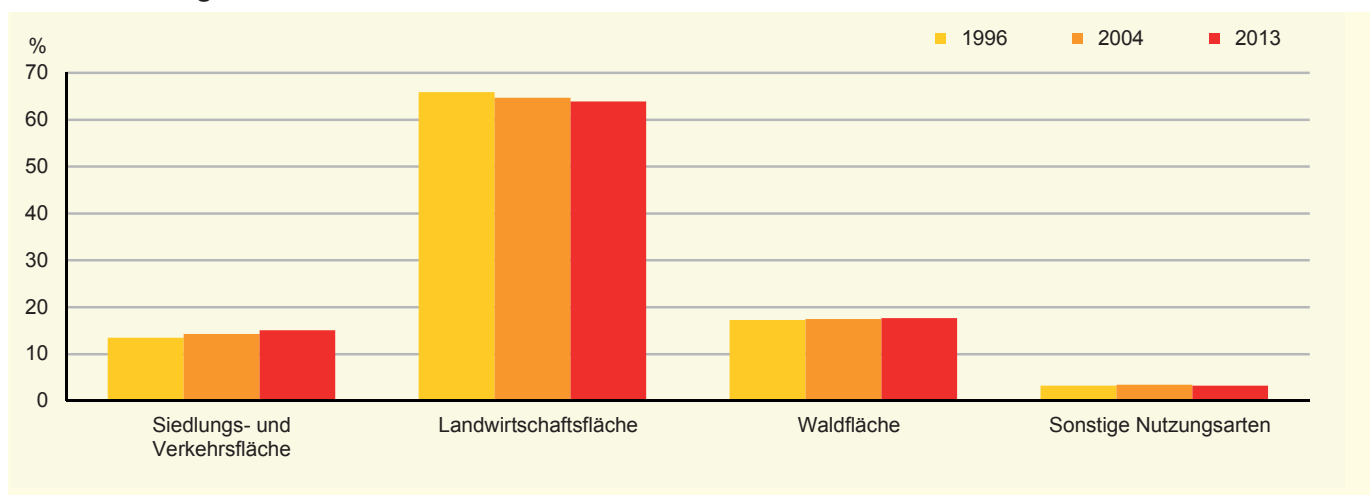
Zum Stand August 2014 bezifferte sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) in Baden-Württemberg auf 512 944 ha. Dies entspricht einem Anteil von 14,3 % an der Landesfläche. Vor 10 Jahren lag dieser Wert noch bei 13,2 %. Die SuV umfasst in erheblichem Umfang auch Grün- und Freiflächen. Nach Schätzung des Statistischen Landesamtes ist knapp die Hälfte der SuV bzw. 6,6 % der Landesfläche tatsächlich versiegelt. In Gemeinden mit weniger als 3 500 Einwohnern entfallen durchschnittlich weniger als 10 % der Bodenfläche auf die SuV. In Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern beansprucht die SuV rund ein Viertel der gesamten Bodenfläche, in den neun Großstädten mit über 100 000 Einwohnern sogar über 41 %.

Die Flächen nach Art der tatsächlichen Nutzung werden 2013 erstmals auf Basis des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) dargestellt. Die Umstellung auf ALKIS erfolgte zu unterschiedlichen Bezugszeitpunkten, schwerpunktmäßig jedoch im August 2014. Erst zum Stichtag 31.12.2014 liegen wieder voll mit den Vorjahren vergleichbare Zahlen vor.

### Siedlungs- und Verkehrsfläche

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2004		2013 <sup>1)</sup>		2013 <sup>1)</sup>	
	ha	%	ha	%	ha	%
<b>Fläche insgesamt</b>	<b>4 621</b>	<b>100,0</b>	<b>4 621</b>	<b>100,0</b>	<b>3 575 132</b>	<b>100,0</b>
Siedlungs- und Verkehrsfläche	662	14,3	696	15,1	512 944	14,3
davon						
Gebäude- und Freifläche	252	5,4	280	6,1	276 608	7,7
Betriebsfläche ohne Abbauland	6	0,1	6	0,1	4 440	0,1
Erholungsfläche	13	0,3	16	0,3	31 258	0,9
Verkehrsfläche	390	8,4	392	8,5	196 932	5,5
Friedhof	1	–	2	–	3 708	0,1

### Flächennutzung



## Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist im Jahr 2013 um 62 200 Personen auf rund 10,63 Mill. Einwohner angestiegen. Damit fiel der Bevölkerungszuwachs im vergangenen Jahr so stark aus wie seit dem Jahr 2001 nicht mehr. 2012 lag der Anstieg der Einwohnerzahl im Südwesten noch bei 54 600 Personen, in den Jahren 2008 und 2009 war sie sogar rückläufig. Die positive Bevölkerungsentwicklung im Land ist auf eine hohe Zuwanderung zurückzuführen: Der Wanderungsgewinn lag im vergangenen Jahr bei 71 400 Personen. Damit hat sich das Wanderungsplus das vierte Jahr in Folge erhöht. Begünstigt wurde die dynamische Bevölkerungsentwicklung im vergangenen Jahr auch dadurch, dass das Geburtendefizit von 11 100 Personen im Jahr 2012 auf zuletzt 10 400 leicht zurückgegangen ist.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der unter 20-Jährigen noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der 65-Jährigen und Älteren lag, sind diese Altersgruppen heute etwa gleich stark vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen hat heute die Gemeinde Untermarchtal (Alb-Donau-Kreis), in der 37 % der Einwohner 65 Jahre oder älter sind. Emerkingen, ebenfalls im Alb-Donau-Kreis, ist die Gemeinde mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen – 28 % sind jünger als 20 Jahre. Maßgeblich wird die Altersstruktur der Bevölkerung durch die Geburtenrate und das Wanderungsgeschehen bestimmt.

### Bevölkerungsentwicklung seit 1871\*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	3 159	49	51	62	1990	4 119	49	51	89
1890	3 332	48	52	66	1994	4 543	49	51	98
1900	3 153	49	51	62	1998	4 788	50	50	104
1910	3 073	48	52	61	2002	5 147	49	51	111
1925	3 101	49	51	61	2006	5 241	49	51	113
1933	3 029	51	49	60	2008	5 242	50	50	113
1939	2 974	51	49	59	2009	5 223	50	50	113
1950	3 824	48	52	76	2010	5 196	50	50	112
1961	3 732	47	53	74	2011	5 182	51	49	112
1970	3 883	49	51	77	2012	5 227	51	49	113
1987	3 823	49	51	83	2013	5 237	51	49	113

### Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen					Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)		
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner		
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner					
	Anzahl												
2005	53	38	+	15	+ 3	313	315	-	2	0	+	13	+ 2
2006	39	41	-	2	0	267	291	-	24	- 5	-	26	- 5
2007	48	37	+	11	+ 2	250	278	-	28	- 5	-	17	- 3
2008	43	43		0	0	347	329	+	18	+ 3	+	18	+ 3
2009	36	34	+	2	0	300	319	-	19	- 4	-	17	- 3
2010	34	39	-	5	- 1	280	302	-	22	- 4	-	27	- 5
2011	38	53	-	15	- 3	336	314	+	22	+ 4	+	7	+ 1
2012	75	66	+	9	+ 2	409	371	+	38	+ 7	+	47	+ 9
2013	52	43	+	9	+ 2	409	408	+	1	0	+	10	+ 2

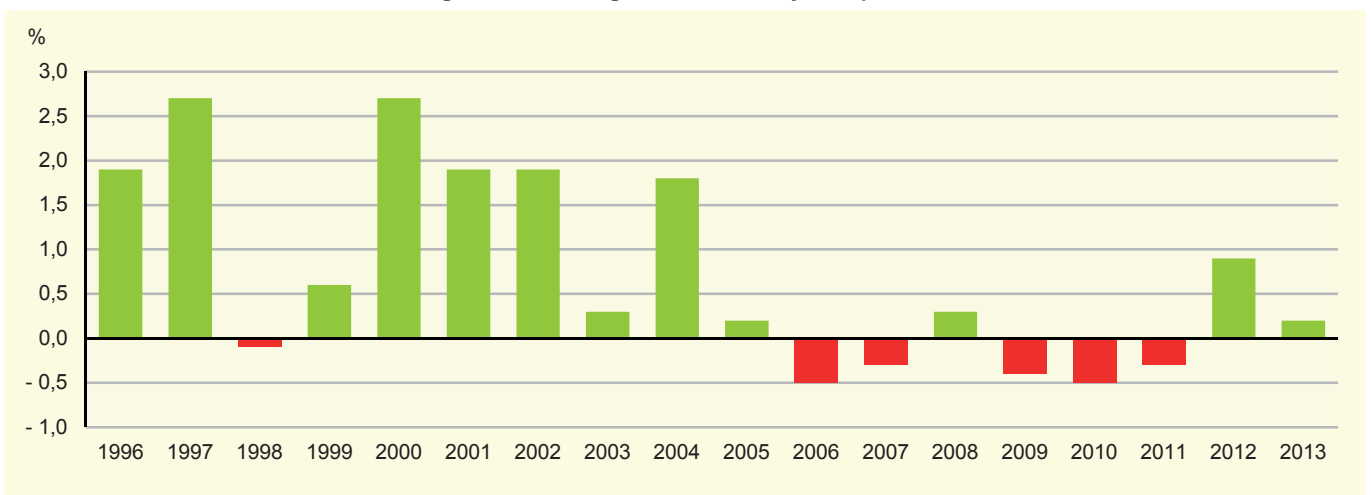
**Bevölkerungsstruktur 2013**

Alter von ... bis unter ... Jahren <sup>1)</sup>	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	173	3	84	3	89	3	3	3	2
3 – 6	143	3	76	3	67	3	3	3	3
6 – 15	533	10	299	11	234	9	9	9	8
15 – 18	182	3	94	4	88	3	3	3	3
18 – 25	399	8	227	8	172	7	8	9	8
25 – 40	973	19	520	19	453	18	19	19	18
40 – 65	1 999	38	997	37	1 002	39	36	37	36
65 – 75	437	8	230	9	207	8	10	10	10
75 und mehr	398	8	156	6	242	9	10	8	12
<b>Insgesamt<sup>2)</sup></b>	<b>5 237</b>	<b>100</b>	<b>2 683</b>	<b>100</b>	<b>2 554</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter in Jahren<sup>1)</sup></b>									
	41,6		40,3		42,9		43,2	41,9	44,4

**Bevölkerungsstruktur 2003**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	169	3	100	4	69	3	3	3	3
3 – 6	209	4	113	4	96	4	3	3	3
6 – 15	607	12	329	13	278	11	10	11	10
15 – 18	238	5	117	5	121	5	3	4	3
18 – 25	480	9	237	9	243	9	8	8	8
25 – 40	1 059	21	551	21	508	20	22	23	21
40 – 65	1 694	33	867	34	827	32	33	34	33
65 – 75	375	7	161	6	214	8	10	9	10
75 und mehr	330	6	103	4	227	9	7	5	10
<b>Insgesamt</b>	<b>5 161</b>	<b>100</b>	<b>2 578</b>	<b>100</b>	<b>2 583</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>									
	38,0		36,3		39,7		40,8	39,4	42,2

**Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr\*\*)**



### Bevölkerungsvorausrechnung

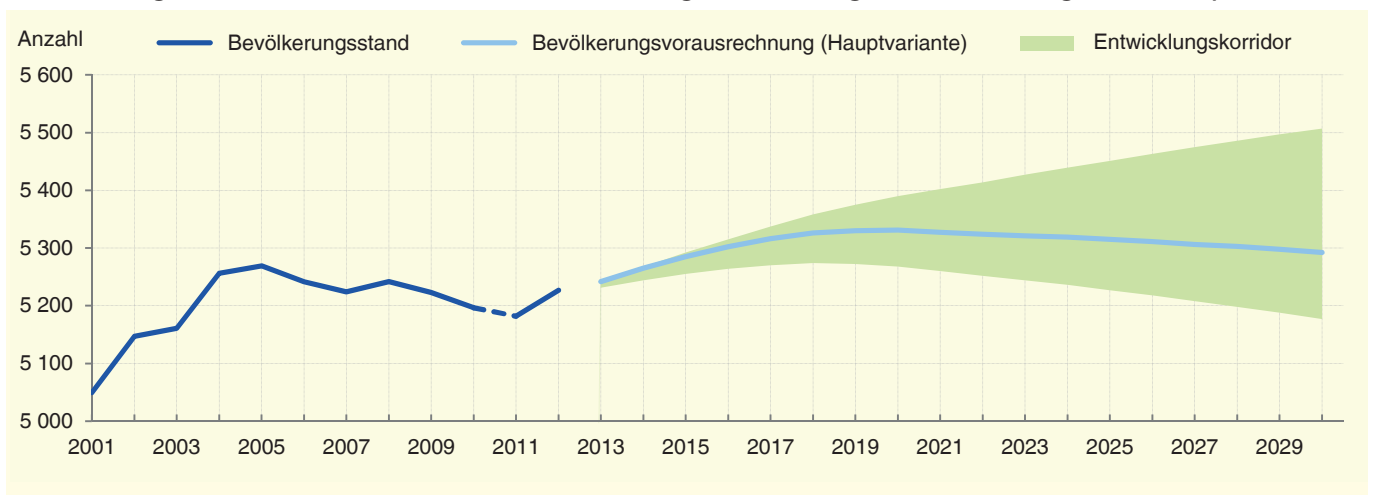
In der Hauptvariante geht die regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung Basis 2012 davon aus, dass die Einwohnerzahl des Landes bis Anfang der 2020er Jahre um 2,7 % auf ca. 10,85 Mill. Einwohner anwachsen wird. Anschließend geht die Zahl der Einwohner voraussichtlich um 0,5 % oder rund 500 000 bis zum Jahr 2030 zurück. Wesentliche Ursache ist der von aktuell 10 000 auf rund 30 000 im Jahr 2030 zunehmenden Sterbefallüberschuss, der vermutlich nicht mehr durch Zuwanderung ausgeglichen werden kann.

Regional treten zum Teil ganz unterschiedliche Entwicklungen auf. Unter den Gemeinden mit hohem Bevölkerungszuwachs bis 2030 werden eher die größeren Städte zu finden sein. So könnten die Städte Freiburg im Breisgau (+ 8,8 %), Ulm (+ 8,1 %) und Stuttgart (+ 7,8 %) deutlich wachsen. Relativ große Bevölkerungsverluste (teilweise über – 10 %) werden hingegen in kleinen ländlichen Gemeinden häufiger auftreten. Unter den Städten dürfte die Stadt Albstadt im Zollernalbkreis aus heutiger Sicht mit – 6,6 % relativ am stärksten Bevölkerung verlieren. Für die Bestimmung eines wahrscheinlichen Entwicklungskorridors der Gemeinden wurden zusätzlich zur Hauptvariante vier weitere Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zu Wanderungssalden über die Landesgrenzen und der spezifischen Entwicklung der jeweiligen Gemeinde gerechnet. Die Ränder des Entwicklungskorridors geben jeweils das höchste und niedrigste Ergebnis dieser vier Varianten wieder.

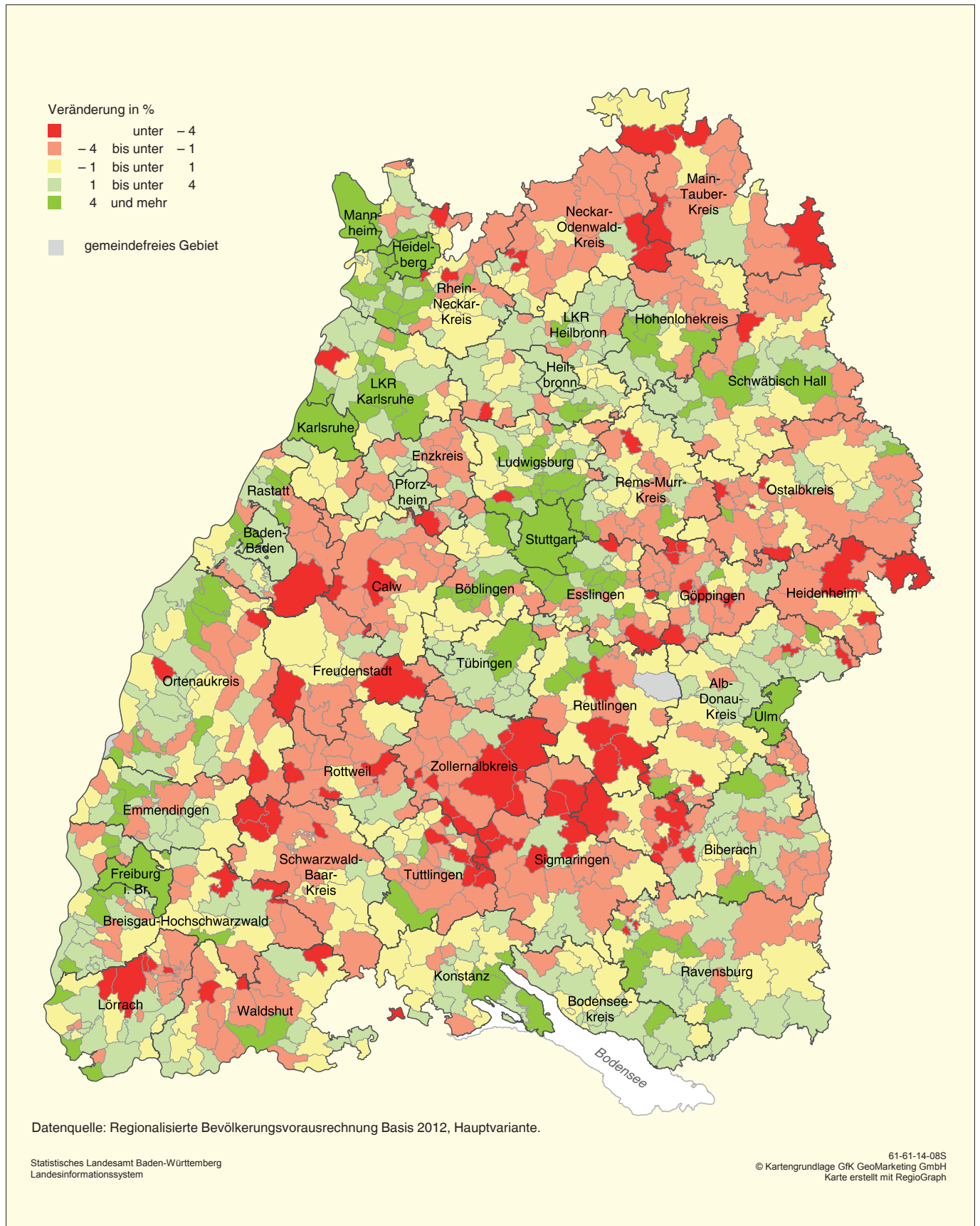
#### Voraussichtliche Bevölkerungsstruktur 2030\*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	128	2	66	2	62	2	3	3	2	
3 – 6	138	3	70	3	68	3	3	3	3	
6 – 15	447	8	229	9	218	8	8	8	8	
15 – 18	155	3	79	3	76	3	3	3	3	
18 – 25	358	7	186	7	172	7	7	8	7	
25 – 40	877	17	461	17	416	16	18	19	18	
40 – 65	1 850	35	956	36	894	34	33	34	33	
65 – 75	762	14	372	14	390	15	13	13	14	
75 und mehr	577	11	258	10	319	12	12	10	14	
<b>Insgesamt</b>	<b>5 292</b>	<b>100</b>	<b>2 677</b>	<b>100</b>	<b>2 615</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	
	<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>									
	45,8		45,0		46,6		45,7	44,5	46,9	

#### Bevölkerungsstand und voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung mit Entwicklungskorridor\*\*)



Voraussichtliche Veränderung der Bevölkerung in den Gemeinden von 2012 bis 2030



### Parlamentswahlen

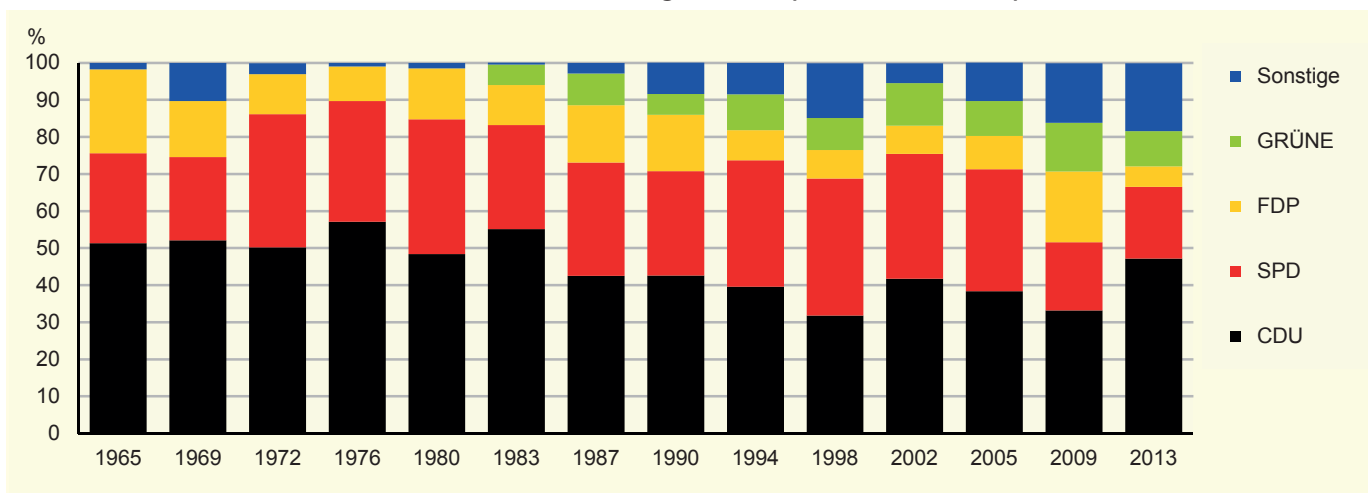
Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013 lag die CDU erneut an erster Stelle in Baden-Württemberg. Gegenüber 2009 erreichte sie ein deutliches Plus von 11,3 %-Punkten und erhielt 45,7 % der gültigen Zweitstimmen. Die SPD konnte mit Gewinnen von 1,3 %-Punkten die 20 %-Marke wieder knapp überspringen. Nachdem die FDP 2009 ihr bislang bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl verbuchen konnte, musste sie nun zweistellige Zweitstimmenverluste (- 12,6 %-Punkte) hinnehmen. Die GRÜNEN verzeichneten ebenfalls Stimmenverluste (- 2,9 %-Punkte). Die erstmals angetretene AfD erzielte 5,2 % der gültigen Zweitstimmen und übersprang damit auf Anhieb die Fünfprozenthürde. Mit 74,3 % lag die Wahlbeteiligung im Land um 1,9 %-Punkte höher als 2009 (72,4 %).

Bei der Europawahl 2014 haben lediglich 52 % der wahlberechtigten Baden-Württemberger ihre Stimme abgegeben. Zu den Gewinnern zählt neben der SPD vor allem die Alternative für Deutschland (AfD). Die SPD kommt auf 23,0 %, die erstmals bei einer Europawahl angetretene AfD schafft es in Baden-Württemberg auf 7,9 %. Die Union ist die mit Abstand stärkste Kraft mit 39,3 %, die LINKE erreicht 3,6 %. Die GRÜNEN verlieren leicht und stehen auf 13,2 %. Hart trifft es die FDP, die zweistellig verliert: 4,1 % im Vergleich zu 14,1 % 2009. Alle weiteren Parteien schaffen es im Land auf 8,9 %. Insgesamt elf Abgeordnete aus Baden-Württemberg ziehen ins Europa-Parlament ein.

### Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl <sup>1)</sup>	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile <sup>2)</sup>				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					Anzahl		% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte		
Landtagswahl 2011	mit	4 020	2 439	60,7	35,1	23,8	22,0	8,5	10,5
Landtagswahl 2006	mit	3 925	1 829	46,6	39,0	26,4	9,0	14,2	11,4
Veränderung		+ 95	+ 610	+ 14,1	- 3,9	- 2,6	+ 13,0	- 5,7	- 0,9
Bundestagswahl 2013	mit	4 073	2 810	69,0	46,5	19,3	10,1	5,5	18,6
Bundestagswahl 2009	mit	4 035	2 750	68,2	33,0	18,3	13,3	18,5	16,8
Veränderung		+ 38	+ 60	+ 0,8	+ 13,5	+ 1,0	- 3,2	- 13,0	+ 1,8
Europawahl 2014	mit	4 067	1 932	47,5	39,2	24,6	11,9	3,2	21,1
Europawahl 2009	mit	3 998	2 011	50,3	34,0	23,3	11,9	14,4	16,3
Veränderung		+ 69	- 79	- 2,8	+ 5,2	+ 1,3	-	- 11,2	+ 4,8

### Zweitstimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen (ohne Briefwähler)



### Gemeinderatswahlen

Am 25. Mai 2014 fanden in den 1 101 Städten und Gemeinden Baden-Württembergs Gemeinderatswahlen statt. Erstmals konnten auch 16- und 17-Jährige ihre Stimmen abgeben. Traditionell spielen bei Gemeinderatswahlen Wählervereinigungen eine wichtige Rolle. Sie decken ein breites Spektrum politischer Gruppierungen ab, wie zum Beispiel Freie Wähler, Frauenlisten, grüne und alternative Listen.

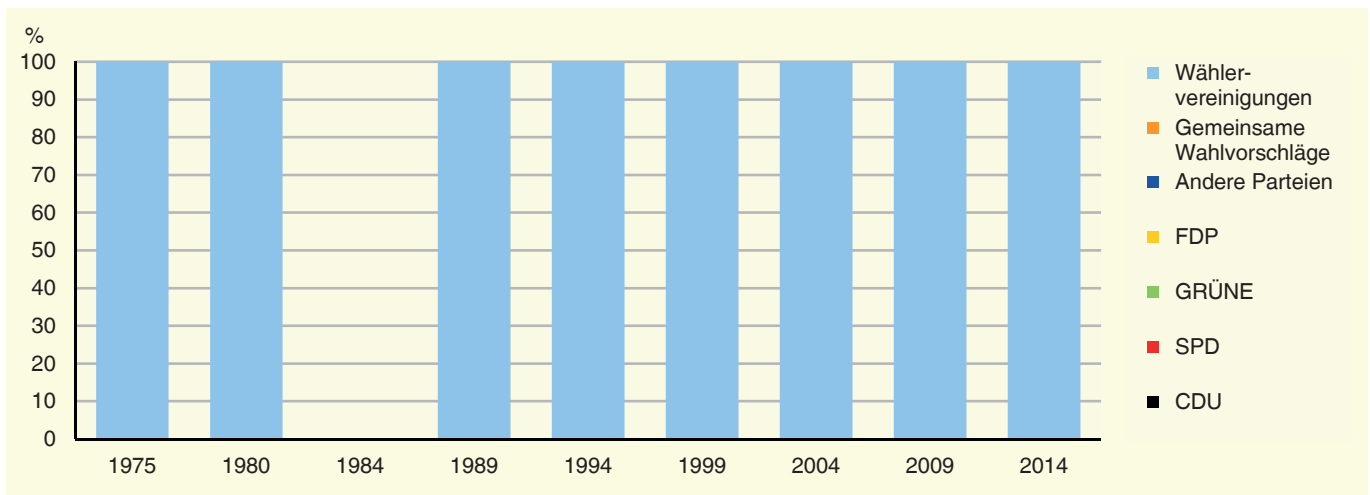
Bei den Gemeinderatswahlen 2014 behaupteten die Wählervereinigungen mit 37,9 % der gleichwertigen Stimmen ihre Position als stärkste Kraft in den Rathäusern des Landes. Die CDU lag mit 27,9 % der Stimmen an zweiter Stelle in der Wählergunst (- 0,2 %-Punkte). Einen neuen Tiefstand erreichte die SPD mit einem Stimmenanteil von 16,4 % (- 0,4 %-Punkte). Auch die FDP hatte einen Stimmenrückgang von - 1,8 %-Punkten zu verbuchen und kam auf 2,8 % der Stimmen. Die GRÜNEN legten hingegen um 1,1 %-Punkte zu und erzielten mit 8,5 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis seit den Gemeinderatswahlen 1975.

Das Interesse der Bürger an den Gemeinderatswahlen hat im Zeitverlauf deutlich nachgelassen. Die Wahlbeteiligung sank 2014 erneut und erreichte noch 49,1 % (- 1,6 %-Punkte). Damit fiel die Beteiligungsquote auf den niedrigsten Stand seit der Gemeindereform 1975.

### Wahlergebnisse

Wahl	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Sitzverteilung									
				Mehrheitswahl <sup>1)</sup>	Verhältnismwahl <sup>2)</sup>	davon							Wählervereinigungen <sup>5)</sup>
						CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Andere Parteien <sup>3)</sup>	Gem. Wahlvorschläge <sup>4)</sup>		
Anzahl	% bzw. %-Punkte	Anzahl											
2014	4 244	1 977	46,6	-	18	-	-	-	-	-	-	-	18
2009	4 005	2 010	50,2	-	22	-	-	-	-	-	-	-	22
2004	3 832	2 043	53,3	-	22	-	-	-	-	-	-	-	22
1999	3 530	2 010	56,9	-	19	-	-	-	-	-	-	-	19
<b>Veränderung</b>													
2014 zu 2009	+ 239	- 33	- 3,6	-	- 4	-	-	-	-	-	-	-	- 4
2009 zu 2004	+ 173	- 33	- 3,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2004 zu 1999	+ 302	+ 33	- 3,6	-	3	-	-	-	-	-	-	-	+ 3

### Stimmenanteile der Parteien und Wählervereinigungen bei Verhältniswahl





## Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2013 Baugenehmigungen für rund 33 100 Wohnungen in knapp 15 400 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Damit wurden um fast 5 % oder annähernd 1 500 mehr Wohnungen genehmigt als 2012. Die Zahl der Baugenehmigungen stieg damit das fünfte Jahr in Folge. Für diesen Zuwachs war vor allem die Genehmigungsentwicklung bei den Zwei- und Mehrfamilienhäusern verantwortlich. Dagegen ist die Nachfrage nach Einfamilienhäusern erneut zurückgegangen.

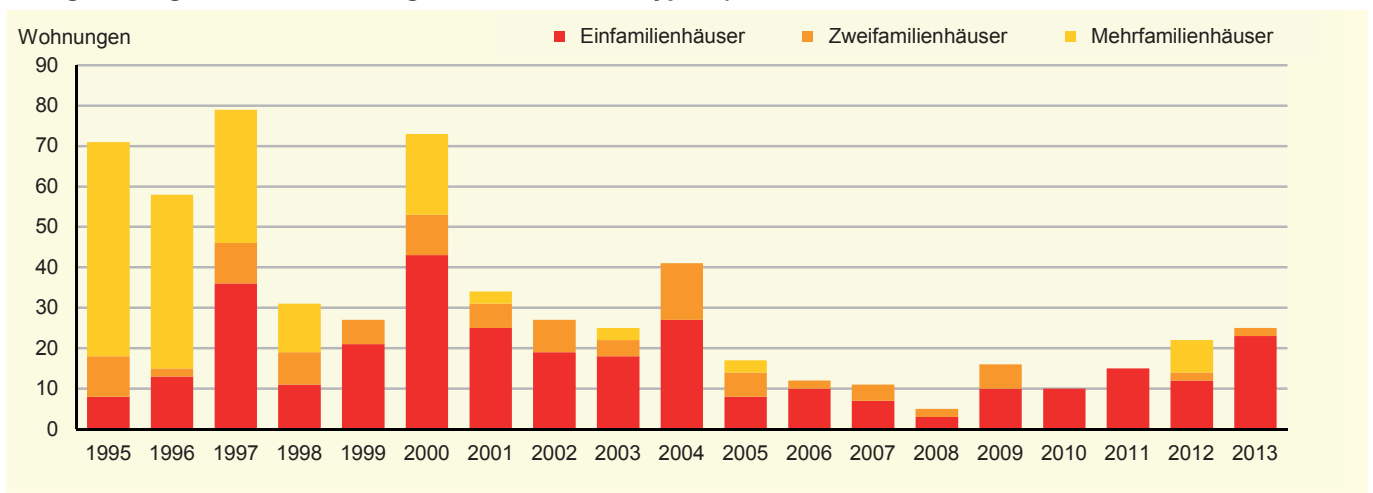
Bei den Baufertigstellungen war 2012 ein besonders starkes Jahr. In knapp 15 000 Gebäuden wurden 2012 rund 30 000 Wohnungen fertiggestellt. Das waren über 5 000 Wohnungen mehr als 2011 und über 1 100 mehr als 2013. Der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden betrug im Jahr 2013 77 %, 11 % der Gebäude waren Zweifamilienhäuser und 12 % Mehrfamilienhäuser. Der Trend zu größeren Neubauwohnungen setzt sich nur bei Einfamilienhäusern fort.

Die durchschnittliche Wohnfläche in fertiggestellten Einfamilienhäusern 2013 betrug 156 m<sup>2</sup> und lag damit 1 m<sup>2</sup> über 2012. Bei Zweifamilienhäusern stagnierte die Wohnfläche (110 m<sup>2</sup>); in Mehrfamilienhäusern stieg sie nach geringem Rückgang 2012 (- 2 m<sup>2</sup>) wieder leicht auf rund 89 m<sup>2</sup> im Jahr 2013 an.

### Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude

Jahr	Baugenehmigungen			Baufertigstellungen						
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam.-häuser	Zweifam.-häuser	Mehrfam.-häuser		Einfam.-häuser	Zweifam.-häuser	Mehrfam.-häuser
	Anzahl			%			Anzahl	100 m <sup>2</sup>		
2005	14	18	12	67	25	8	17	12	7	3
2006	8	10	11	91	9	-	12	13	2	-
2007	2	2	9	78	22	-	11	13	4	-
2008	5	5	4	75	25	-	5	5	2	-
2009	14	15	13	77	23	-	16	17	5	-
2010	3	3	10	100	-	-	10	17	-	-
2011	16	24	15	100	-	-	15	21	-	-
2012	28	32	14	86	7	7	22	18	2	7
2013	31	46	24	96	4	-	25	35	2	-

### Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen\*)





## Wohnen

Ende 2013 gab es in Baden-Württemberg über 5 123 000 Wohnungen (einschließlich Wohnheimen). Etwa 96 % der Wohnungen befanden sich in knapp 2 358 000 Wohngebäuden. Mit 61 % waren Einfamilienhäuser der häufigste Wohngebäudetyp. Ihr Anteil ist seit 1968 von 42 % kontinuierlich angestiegen. Rückläufig ist dagegen der Anteil von Zweifamilienhäusern, er ist landesweit von 27 % im Jahr 1968 auf 21 % im Jahr 2013 zurückgegangen. Der Anteil der Mehrfamilienhäuser stieg im selben Zeitraum leicht von 17 auf 18 %. Fast die Hälfte (49 %) der Wohnungen in Wohngebäuden befanden sich 2013 in Mehrfamilienhäusern.

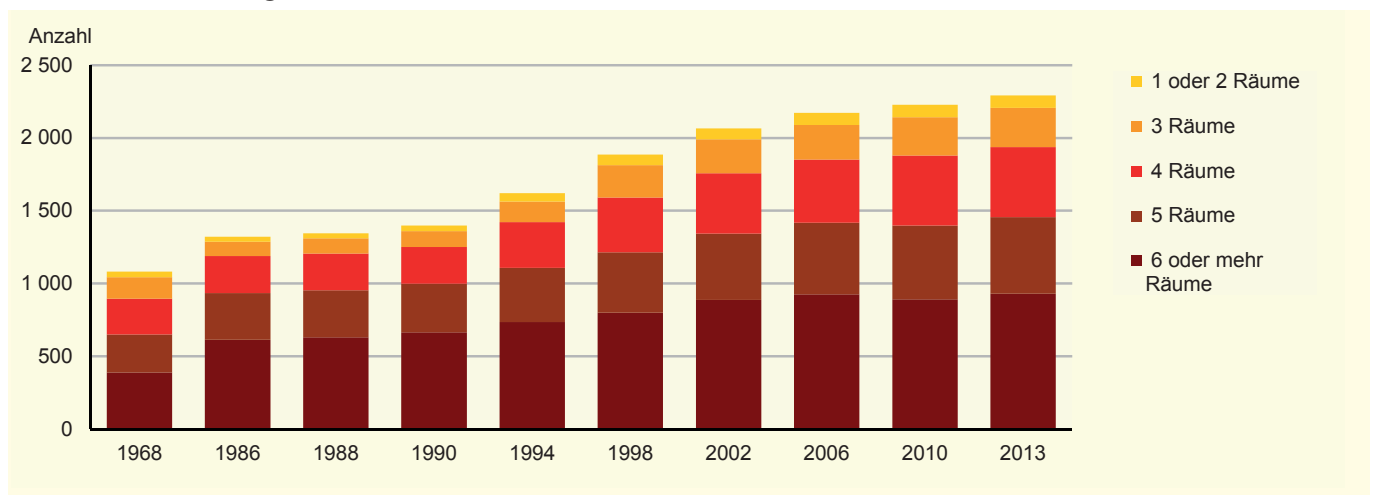
Der höchste Anteil an Einfamilienhäusern findet sich in ländlich geprägten Regionen. Mit gut 92 % war dieser in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen im Zollernalbkreis am höchsten. Den niedrigsten Anteil an Einfamilienhäusern hat mit 32 % die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis).

Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung im Bestand stieg im Jahr 2013 erneut an und erreichte 95,8 m<sup>2</sup>. Im Vergleich zu 2003 bedeutet dies eine Zunahme um 5 m<sup>2</sup>. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum sogar um 5,3 m<sup>2</sup>. Jedem Einwohner standen 2013 damit rein rechnerisch 46,2 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung.

### Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen

Jahr <sup>1)</sup>	Wohngebäude insgesamt <sup>2)</sup>	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt <sup>3)</sup>	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	790	316	40	158	20	17	2	1 082	354	23
1986	1 012	756	75	236	23	20	2	1 321	281	38
1988	1 029	763	74	244	24	22	2	1 346	289	37
1990	1 063	786	74	249	23	28	3	1 398	295	36
1994	1 154	829	72	274	24	51	4	1 620	280	38
1998	1 261	889	70	293	23	79	6	1 886	254	41
2002	1 387	990	71	312	22	85	6	2 065	249	42
2006	1 465	1 046	71	330	23	89	6	2 172	241	44
2010	1 465	1 039	71	326	22	100	7	2 227	233	46
2013	1 517	1 086	72	330	22	101	7	2 293	228	48

### Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



## Bildung

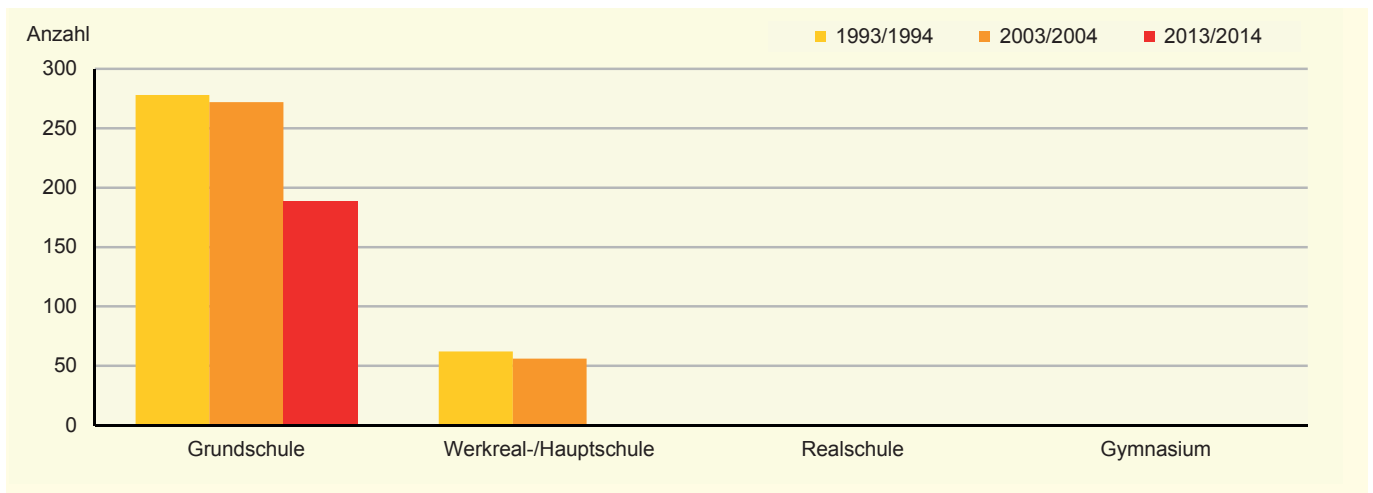
Im Schuljahr 2003/04 erreichte die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen mit rund 1,3 Mill. den höchsten Stand seit Anfang der 1980er-Jahre (knapp 1,4 Mill.). Seither sind die Schülerzahlen aufgrund kleiner werdender Schulanfängerjahrgänge und der Einführung des 8-jährigen Gymnasiums bis zum Schuljahr 2013/14 insgesamt um gut 12 % auf 1,14 Mill. zurückgegangen. Bis zum Jahr 2020 dürfte die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf 1,08 Millionen absinken.

Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist in Bewegung: Während der Rückgang der Schülerzahlen von 1980/81 auf 2013/14 an den Realschulen und an den Gymnasien mit jeweils gut 6 % noch vergleichsweise moderat verlief, hat sich die Schülerzahl an den Werkreal-/Hauptschulen im selben Zeitraum halbiert. Zum Schuljahr 2012/13 wurde zudem die Gemeinschaftsschule eingeführt und im Schuljahr 2013/14 auf 131 Einrichtungen mit rund 8 600 Schülerinnen und Schülern erweitert; die Grundschulempfehlung zum Übergang auf weiterführende Schulen ist seit 2012 nicht mehr verbindlich und seit dem Schuljahr 2012/13 wird der G9-Zug an mittlerweile 44 öffentlichen und einigen privaten Pilotschulen als Schulversuch wieder angeboten.

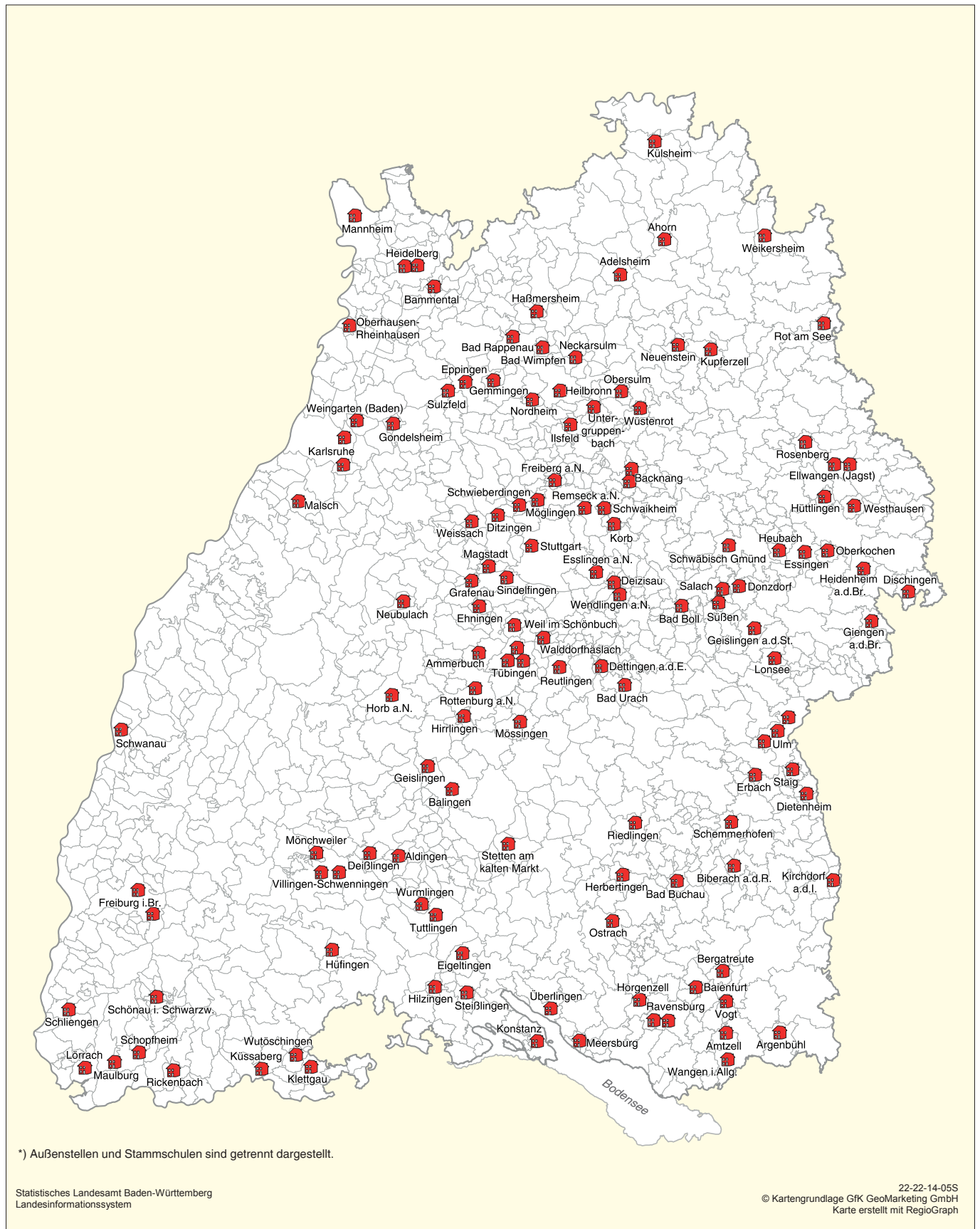
### Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2013/2014

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse <sup>2)</sup>	Zum Vergleich: Schuljahr 2003/2004	
	Schulen <sup>1)</sup>	Schüler		weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse <sup>2)</sup>
	Anzahl		%		Anzahl			
Grundschulen <sup>3)</sup>	1	188	188	52	3	17	272	23
Werkreal-/Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	56	28
Sonderschulen	1	64	64	.	.	6	65	6
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–
Gemeinschaftsschulen – Sek. I	–	–	–	–	–	–	X	X
Freie Waldorfschulen	–	.	.	.	.	.	.	.
<b>Insgesamt<sup>4)</sup></b>	<b>2</b>	<b>252</b>	<b>252</b>	.	.	<b>X</b>	<b>393</b>	<b>X</b>

### Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



Öffentliche und private Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg 2013/14\*)



## Beschäftigung und Arbeitsmarkt

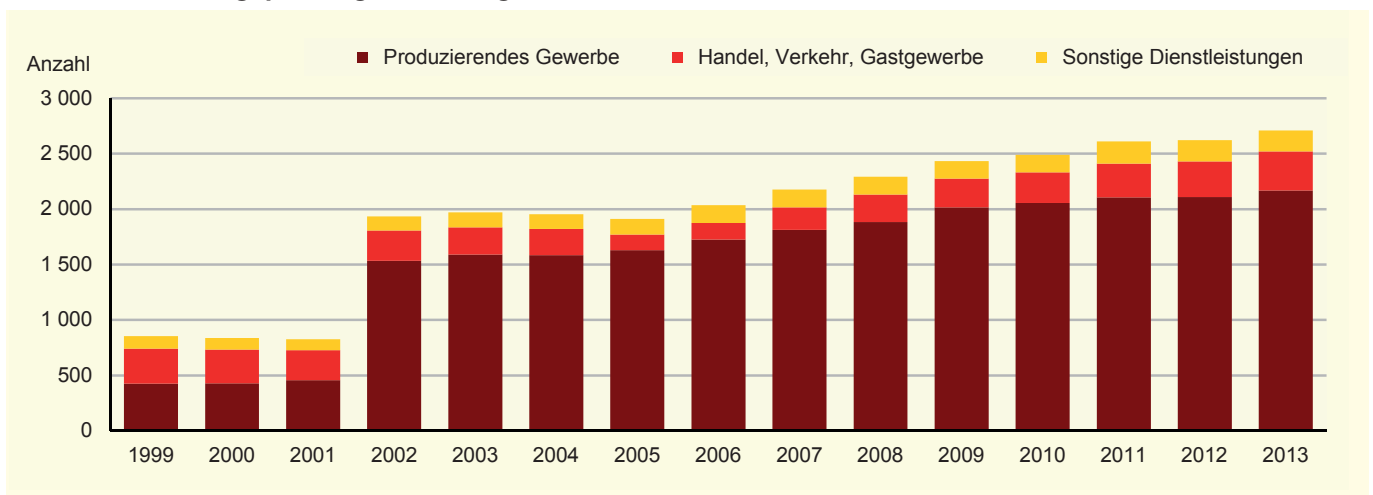
Zur Jahresmitte 2013 waren in Baden-Württemberg gut 4,17 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, knapp 1,9 Mill. Frauen und rund 2,3 Mill. Männer. Insgesamt waren dies gut 400 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oder 11 % mehr als 10 Jahre zuvor. 557 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten 2013 eine akademische Ausbildung, das waren gut 198 000 oder 55 % mehr als noch vor 10 Jahren. Gemessen an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die eine Angabe zur Berufsausbildung vorliegt, erhöhte sich die Akademikerquote seit dem Jahr 2003 von 10,5 auf aktuell 15,4 %.

In den letzten 10 Jahren hat sich der wirtschaftliche Strukturwandel weiter fortgesetzt. Zwischen 2003 und 2013 erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich von 57 auf 63 % (+ 490 000 Beschäftigte bzw. + 23 %) während der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe von 43 auf 37 % zurückging (– 60 000 Beschäftigte bzw. – 4 %). Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation in Baden-Württemberg hatte der Südwesten im Jahresdurchschnitt 2013 mit 4,1 % nach Bayern mit 3,8 % bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. Im Durchschnitt waren knapp 234 000 Menschen im Land ohne Arbeit, das waren rund 11 700 mehr als ein Jahr zuvor.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose\*)

Jahr	Beschäftigte		Und zwar <sup>1)</sup>				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	%	
									unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
Anzahl		%				Anzahl	%			
1999	866	180	28	49	36	13	.	.	.	.
2001	831	167	29	55	32	12	87	56	11	15
2003	1 974	383	19	81	12	7	130	47	16	12
2005	1 913	364	20	85	7	7	130	49	18	7
2007	2 182	415	20	83	9	7	95	53	9	12
2009	2 438	466	20	83	11	6	101	45	15	17
2011	2 614	505	22	81	12	8	63	52	13	32
2012	2 627	506	22	80	12	7	67	48	13	21
2013	2 716	519	23	80	13	7	81	41	12	21

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen



## Landwirtschaft

Nach der letzten großen Landwirtschaftszählung 2010 fand im Jahr 2013 eine repräsentative Erhebung zur Agrarstruktur statt. Damit liegen auf Landesebene neue hochgerechnete Ergebnisse zu wichtigen Strukturdaten vor. Angaben für Kreise oder Gemeinden sind aus dieser Erhebung nicht verfügbar, hier sind die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 weiterhin aktuell.

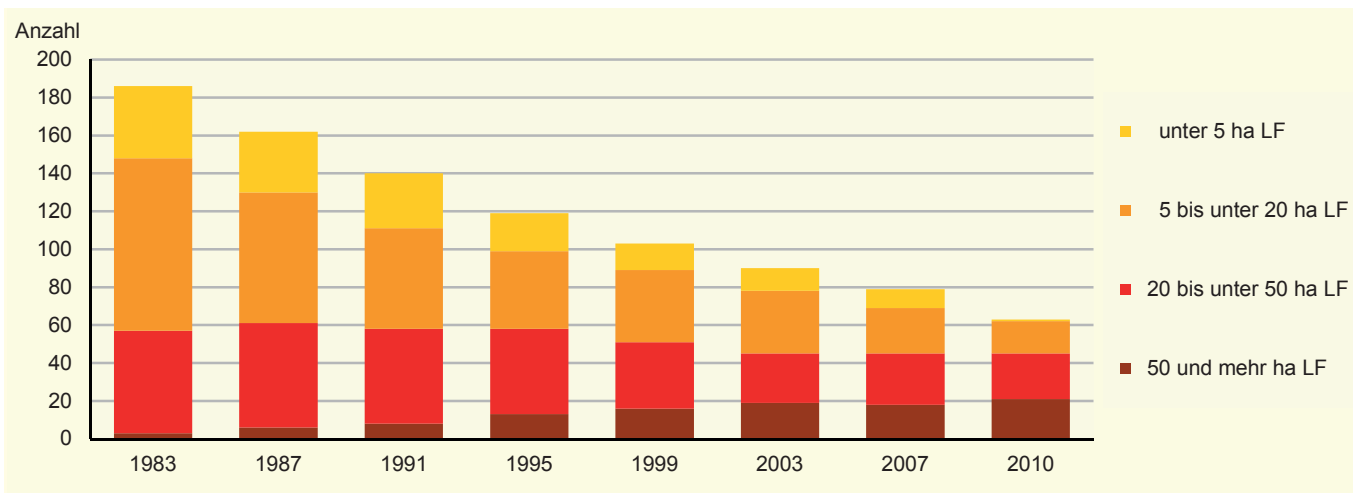
Im Jahr 2013 gab es in Baden-Württemberg noch 42 400 landwirtschaftliche Betriebe. Die Zahl der Betriebe hat binnen drei Jahren um etwa 2 000 abgenommen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) lag mit 1,422 Mill. ha leicht über 2010. Die durchschnittliche Betriebsgröße erhöhte sich weiter und erreichte 2013 mit knapp 34 ha LF einen neuen Höchstwert. Den größten Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche nimmt das Ackerland (59 %) ein, 38 % das Dauergrünland und 3 % die sonstigen Flächen, meist Dauerkulturen wie Obst oder Reben. Auf etwas mehr als der Hälfte des Ackerlandes wurde Weizen (834 200 ha) sowie Körner- und Silomais (194 900 ha) angebaut. Sie waren damit die flächenmäßig bedeutsamsten Früchte im Land.

Die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe mit Viehhaltung wie auch die in ihnen gehaltenen Tierbestände haben in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Das gilt vor allem für das Großvieh wie Rinder, Schweine und Pferde: Der Bestand an Rindern hat sich im Vergleich zu 2010 um etwa 3 % verringert, der an Schweinen sogar um 9 %.

### Landwirtschaftliche Strukturdaten\*)

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Davon			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Haupterwerbsbetriebe		Ackerland	Dauergrünland	sonstige Fläche		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl	ha	%			ha	Anzahl					
1983	186	93	2 909	50	50	–	16	4 354	27	6 038	37
1987	162	82	2 818	53	47	–	17	4 261	32	7 355	52
1991	140	72	2 755	55	45	–	20	3 993	35	7 236	66
1995	119	59	2 707	56	44	–	23	3 596	38	7 468	90
1999	103	53	2 717	56	44	–	26	3 268	42	8 413	153
2003	90	41	2 792	58	42	–	31	3 229	55	10 139	253
2007	79	31	2 675	60	40	–	34	2 880	58	8 352	278
2010	63	21	2 623	61	39	–	42	2 812	69	7 099	355

### Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



### Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die Einnahmen lagen 2013 mit 26 Mrd. Euro um 0,7 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 2,7 %). Gegenüber 2012 stiegen die Steuereinnahmen um 1,7 % auf 12 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) ging um 2,8 % zurück und beträgt nun 5 Mrd. Euro. Die Ausgaben der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2012 um 2,4 Mrd. auf 25,6 Mrd. Euro.

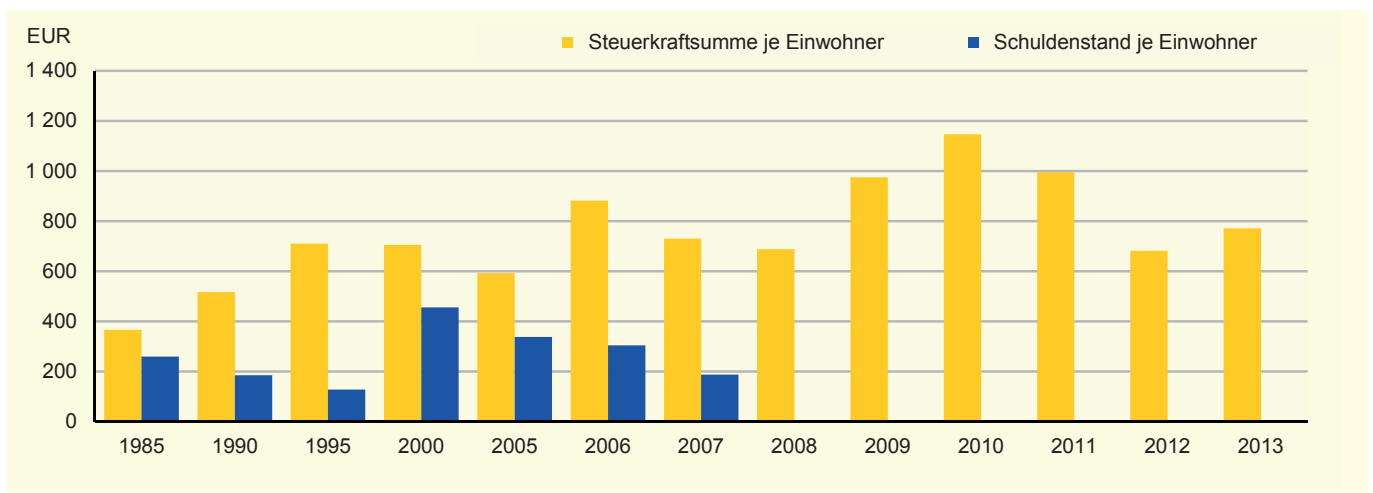
Die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betrugen am 31.12.2013 insgesamt rund 12,3 Mrd. Euro, wovon 5 Mrd. von den Kernhaushalten und 7,3 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 0,1 Mrd. Euro bzw. 0,7 % reduziert. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 162 Euro.

Am 30. Juni 2013 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 214 980 Personen, darunter 162 439 bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 141 663 Personen beschäftigt, bei den Eigenbetrieben 14 589 und in Krankenhäusern 6 187. Der Großteil der Beschäftigten im Kernhaushalt der Gemeinden (38 581 Personen oder 27,2 %) waren im Bereich Soziale Sicherung tätig.

#### Gemeindefinanzen\*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme <sup>1)</sup>		Schuldenstand <sup>2)</sup>		Gewerbesteuer		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	1 223	346	309	86	297	83	27	.
1985	1 339	366	955	260	187	51	32	.
1990	2 034	517	756	185	353	87	37	.
1995	3 235	711	590	128	1 804	391	46	.
2000	3 383	705	2 244	456	1 278	260	58	45
2005	3 088	593	1 777	338	2 209	420	57	43
2010	5 999	1 147	0	0	1 630	313	61	44
2011	5 181	995	0	0	2 223	429	66	46
2012	3 545	682	0	0	2 574	496	66	47
2013	4 019	771	0	0	3 404	651	66	50

#### Steuerkraftsumme und Schuldenstand



## Wasserwirtschaft

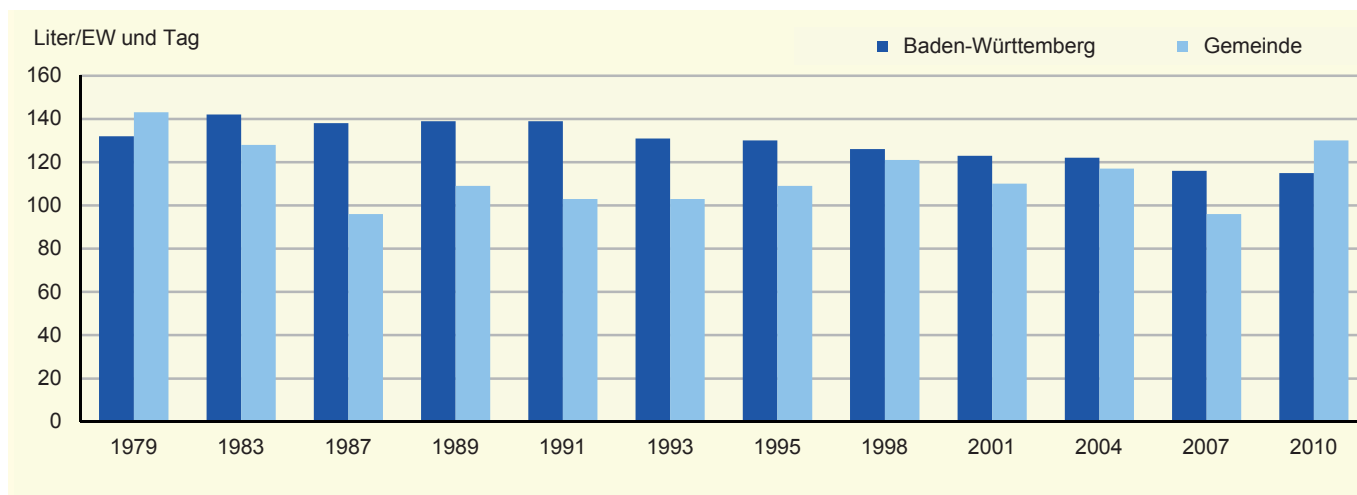
In Baden-Württemberg wurden 2010 insgesamt rund 4,6 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser gewonnen. Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2010 rund 560 Mill. m<sup>3</sup>. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit nur noch leicht auf 115 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung wassersparender Technologien.

Durchschnittlich 2,01 Euro müssen die Baden-Württemberger für einen Kubikmeter Trinkwasser (Stand: 1. Januar 2013) bezahlen. Der Preis für ein Kubikmeter Abwasser liegt 2013 in Städten und Gemeinden mit einer Einheitsgebühr bei durchschnittlich 2,79 Euro, in Städten und Gemeinden mit einer gesplitteten Abwassergebühr bei durchschnittlich 1,90 Euro je m<sup>3</sup> Schmutzwasser und 0,45 Euro je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche für Niederschlagswasser. Durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim vom 11. März 2010 müssen nun alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ihr Gebührensystem auf eine gesplittete Abwassergebühr umstellen. Bis Anfang 2013 konnte diese Vorgabe von 1 034 der 1 101 Gemeinden umgesetzt werden.

### Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste <sup>1)</sup>	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasser			
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch		Einheitsgebühr	Schmutzwasserentgelt	Niederschlagswasserentgelt	
										1 000 m <sup>3</sup>
1979	–	–	241	186	77	143	0,66	0,77	.	.
1987	–	35	211	134	64	96	0,92	1,07	.	.
1995	–	26	260	181	70	109	1,12	1,74	.	.
1998	–	44	302	210	70	121	1,26	2,10	–	–
2001	–	71	290	202	70	110	1,41	2,35	–	–
2004	–	27	321	224	70	117	1,50	2,60	–	–
2007	–	33	300	182	61	96	1,50	2,60	–	–
2010	–	35	313	246	79	130	1,50	–	2,08	0,25
2013	...	...	...	...	...	...	1,50	–	2,55	0,27

### Trinkwasserverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher





## Verkehr

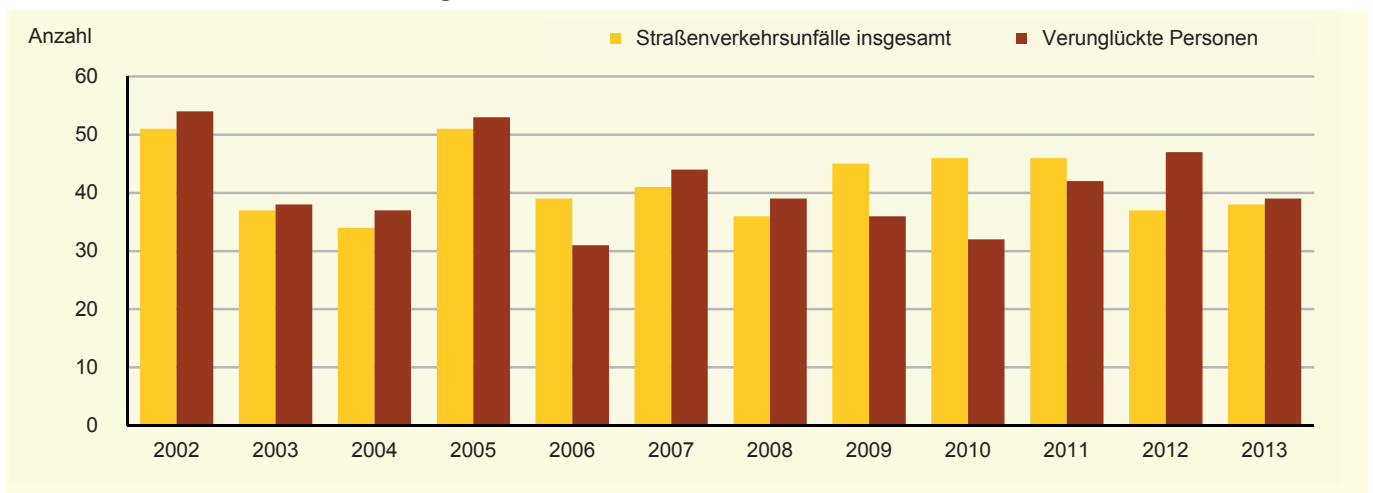
Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden-Württemberg wächst kontinuierlich. 2013 waren knapp 7,3 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) zugelassen, darunter fast 6 Mill. Pkw. Inzwischen sind mehr als die Hälfte des Pkw-Bestandes gemäß den Emissionsgruppen 4 bis 6 schadstoffreduziert, wobei seit 2000 das Interesse an Diesel-Pkw steigt. Nach wie vor erhöht sich der Motorisierungsgrad der Bevölkerung. Kamen 2008 noch landesweit 524 Pkw auf 1 000 Baden-Württemberger, waren es 2013 schon 555. Zum Vergleich: In Deutschland lag dieser Wert bei 539 Kraftwagen. Die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Ausstattung der Bevölkerung mit Pkw sind zum Teil erheblich. Faktoren wie die örtliche Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr oder auch siedlungsstrukturelle Aspekte beeinflussen die Höhe der Pkw-Dichte maßgeblich. In den Universitätsstädten Heidelberg und Freiburg ist diese mit 376 bzw. 380 Pkw je Einwohner am niedrigsten.

Mit rund 35 000 Personen verunglückten 2013 fast 2 % weniger Menschen bei Verkehrsunfällen als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer sank – das siebte Jahr in Folge – auf 465. Die Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden bzw. schwerem Sachschaden verringerte sich um 1 % auf 51 000.

### Kraftfahrzeuge\*) und Straßenverkehrsunfälle

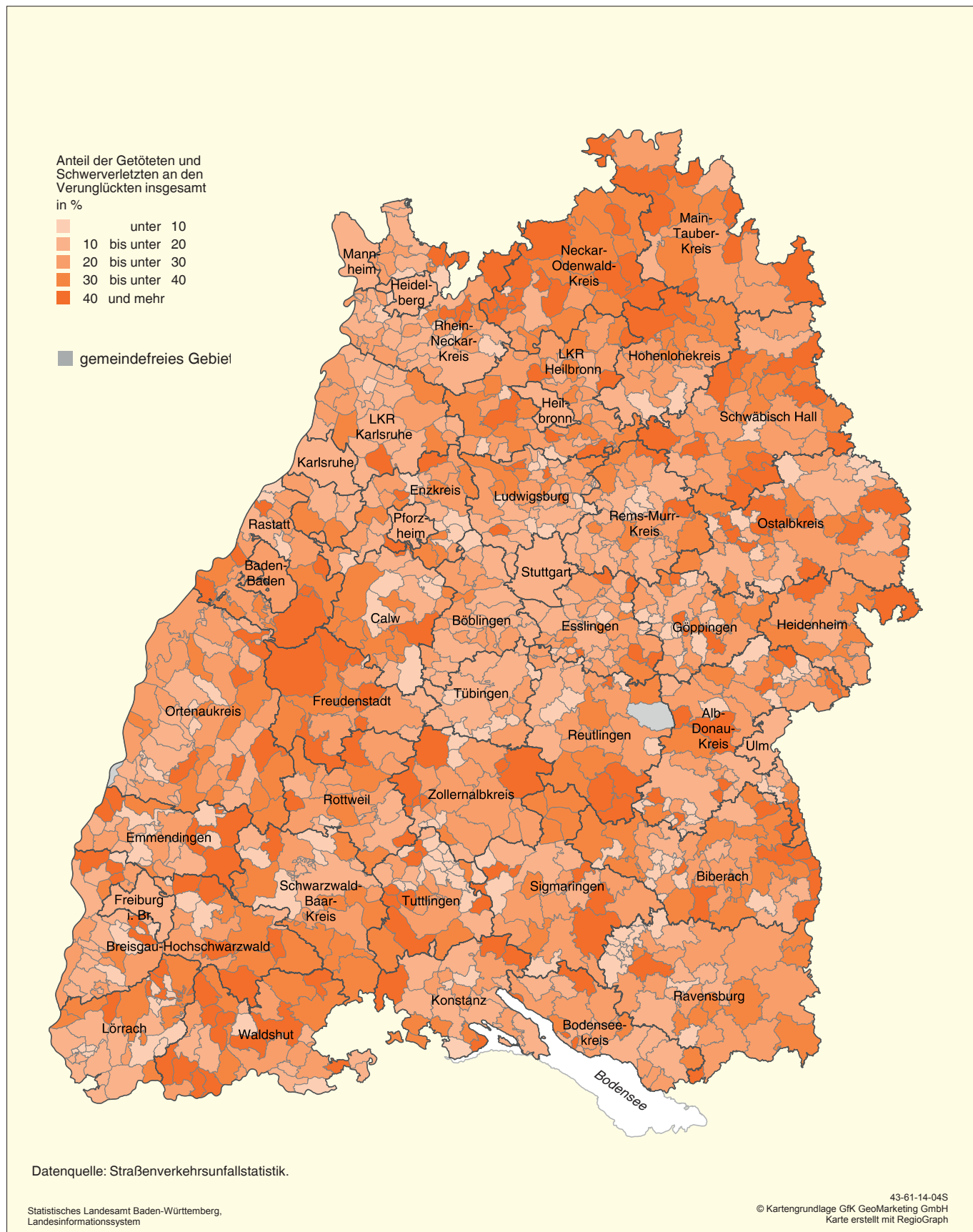
Jahr	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle <sup>1)</sup>		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwer-verletzte
		Pkw	Krafräder <sup>2)</sup>						
Anzahl									
1991	2 713	2 169	148	521	72	41	69	–	15
1995	3 259	2 503	223	542	38	12	20	–	9
1999	3 596	2 721	288	567	55	33	45	–	13
2003	4 157	3 176	311	617	37	25	38	1	5
2007	4 804	3 668	353	700	41	25	44	3	11
2009	4 479	3 296	324	629	45	30	36	1	7
2010	4 598	3 410	339	653	46	22	32	–	9
2011	4 659	3 447	340	663	46	30	42	1	8
2012	4 725	3 496	366	675	37	24	47	–	23
2013	4 824	3 592	369	687	38	23	39	1	20

### Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen





Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr in den Gemeinden 2013



## Fußnoten

### Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter „Wohnen“, Fußnote 3).
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter „Bildung“, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter „Verkehr“, Fußnote 1).
- 5) Siehe unter „Beschäftigte und Arbeitsmarkt“, Fußnote 1).
- 6) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

### Fläche

- 1) Das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) löste 2013 das ALB als Datengrundlage für die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung ab. Aufgrund der Umstellungsarbeiten erfolgten die Datenlieferungen für die 3 380 Gemarkungen zu unterschiedlichen Bezugszeitpunkten, schwerpunktmäßig jedoch im August 2014. Die Darstellung zum Stichtag 31.12.2013 ist damit nicht möglich. Erst mit der nächsten turnusmäßigen Datenlieferung aus ALKIS mit Stand 31.12.2014 liegen wieder voll mit den Vorjahren vergleichbare Zahlen vor.

### Bevölkerung

- \*) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.
- \*\*) Veränderungsrate 2011 einschließlich Zensus-Korrekturen.
- 1) Vorläufige Ergebnisse.
  - 2) Endgültige Ergebnisse.

### Bevölkerungsvorausrechnung

- \*) Datenquelle: Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen Basis 2012, Hauptvariante.
- \*\*) Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – bis 2010 auf Basis Volkszählung 1987, 2011 und 2012 auf Basis Zensus 2011, ab 2013 regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung.

### Parlamentswahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile.

### Gemeinderatswahlen

- 1) Mehrheitswahl findet statt, wenn kein oder nur ein Wahlvorschlag eingereicht wurde.
- 2) Verhältniswahl findet statt, wenn mehrere Wahlvorschläge eingereicht wurden. Bei der Gemeinderatswahl 2014 fand in 1 027 von insgesamt 1 101 Gemeinden Verhältniswahl statt.
- 3) Andere Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge mehrerer Parteien.
- 4) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien mit Wählervereinigungen.
- 5) Wählervereinigungen: alle politischen Gruppierungen, die nicht Parteien sind. Es handelt sich dabei um Wählergruppierungen unterschiedlicher kommunalpolitischer Richtungen, zum Beispiel die Freien Wähler, grüne Listen, Frauenlisten, linksorientierte Listen, Einzelbewerber.

### Bauen

- \*) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

### Wohnen

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres; 1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987; 2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.
- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m<sup>2</sup> Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

### Bildung

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

### Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- \*) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres. Arbeitslose: Jahresdurchschnitt.

## 1) Wirtschaftsgliederung:

1999 bis 2002: Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993);

2003 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003);

ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.

**Landwirtschaft**

\*) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebungen und Landwirtschaftszählungen. Durch Anhebung der Erfassungsgrenze im Jahr 2010 sind diese Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

**Gemeindefinanzen und Personal**

\*) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.

1) Steuerkraftsumme je Einwohner: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.

2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich

selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapiersschulden, Kassenkredite).

Schuldenstand je Einwohner: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.

**Wasserwirtschaft**

1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.

**Verkehr**

\*) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt. Pkw-Dichte: Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.

Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres.

Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.

Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.

1) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.

2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

**Erläuterungen und Definitionen****Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige**

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des §8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssy-

stematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst. Die Bundesagentur für Arbeit hat rückwirkend ab 1999 im Rahmen einer umfassenden Revision der Beschäftigungsstatistik die Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten revidiert. Der Datenabruf wurde präzisiert sowie die Abgrenzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überprüft und um neue Personengruppen erweitert. Daher können die Daten in der aktuellen Ausgabe von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

**Bevölkerung**

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere

Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

### Bevölkerungsvorausrechnung

Ausgangspunkt für die neue Bevölkerungsvorausrechnung ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen zum 31.12.2012 auf Basis Zensus 2011. Der Vorausrechnungszeitraum erstreckt sich bis 2030. Den Berechnungen liegen u.a. eine Konstanz des derzeitigen Geburtenniveaus bei gleichzeitiger Erhöhung des Durchschnittsalters der Frauen bei der Geburt, ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung um circa 2 Jahre sowie ein Wanderungsgewinn von landesweit insgesamt rund 600 000 Personen bis zum Vorausrechnungsjahr 2030 zugrunde.

Für die regionale Entwicklung der Geburten und Sterbefälle wurde davon ausgegangen, dass die Verhältnisse der Jahre 2011/2012 weiterhin gelten.

Hinsichtlich der regionalen Wanderungen sind diese Jahre aber von Besonderheiten geprägt (Aussetzung der Wehrpflicht, doppelter Abiturjahrgang). Für das erste Vorausrechnungsjahr, also das Jahr 2013, wurde die Fortsetzung der Verhältnisse auf der Basis der Jahre 2011/2012 angenommen. In den folgenden Vorausrechnungsjahren wurde dagegen auf die Jahre 2006 bis 2010 zurückgegriffen, die von diesen Sondereffekten noch nicht berührt waren.

Die Annahmen zu den Wanderungen sind bei einer Vorausrechnung immer am schwierigsten zu bestimmen. Sie unterliegen komplexen Einflüssen wie z.B. der wirtschaftlichen Entwicklung, politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Trends, Krisen in anderen Ländern. Die Wanderungen schwanken selbst auf Landesebene erheblich und je kleinräumiger die Betrachtung ist, umso mehr.

Neben der Hauptvariante der regionalen Vorausrechnung wurden weitere Varianten gerechnet. Diese unterscheiden sich von der Hauptvariante zum einen in den Wanderungsannahmen, zum anderen in den Annahmen zur Entwicklung innerhalb der für die regionale Vorausrechnung gebildeten Gemeindetypen (Cluster). Aus den Ergebnissen dieser Kombinationen ergibt sich dann der Entwicklungskorridor der Gemeinden dadurch, dass je Gemeinde die aus den unterschiedlichen Rechenvarianten resultierende schlechteste und bestmögliche Entwicklung herausgelöst wurde. Diese Ergebnisse stehen nur als Insgesamt-Werte für Gemeinden zur Verfügung. Sie sind nicht für höhere Gebietseinheiten aggregierbar.

### Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

### Gemeinderatswahlen

Für die Kommunalwahlen 2014 traten einige Veränderungen in Kraft, die aus der vom Landtag am 11. April 2013 beschlossenen Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Kommunalwahlgesetzes (Baden-Württemberg) resultierten:

- Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht wurde von 18 auf 16 Jahre gesenkt, dabei blieb das Mindestalter für das passive Wahlrecht von 18 Jahren unverändert.
- Das bislang angewandte D'Hondt-Verfahren, das große Parteien begünstigt, wurde als Sitzzuteilungsverfahren durch das Sainte-Laguë-Verfahren abgelöst, das bereits seit 2011 für die baden-württembergischen Landtagswahlen angewandt wird.
- Kreistagskandidaten dürfen nicht mehr in zwei Wahlkreisen antreten.
- Der neu gefasste § 9 Abs. 6 des Kommunalwahlgesetzes lautet: „Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Die Beachtung der Sätze 1 und 2 ist nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlags.“

### Gleichwertige Stimmen

Die Ergebnisse von Kommunalwahlen können nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, da die Stimmenzahl, die der Wähler zur Verfügung hat, von der Anzahl der zu wählenden Personen abhängig ist. Diese Anzahl ist wiederum abhängig von der Einwohnerzahl der Gemeinde. Um die Ergebnisse

der Gemeinden vergleichbar zu machen, werden sogenannte »gleichwertige Stimmen« berechnet. Dazu wird in jeder Gemeinde/ in jedem Wahlkreis die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Kandidaten der Gemeinde/ des Wahlkreises dividiert.

### **Gemeinschaftsschulen**

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Sie soll individuelle Lern- und Förderpläne für alle Schülerinnen und Schüler bieten. Die Gemeinschaftsschule versteht sich als inklusive Schule, arbeitet in Lerngruppen, Noten (außer in den Abschlussklassen) müssen nicht gegeben werden. Auch „Sitzenbleiben“ gibt es nicht.

### **Haupterwerbsbetriebe, landwirtschaftlich**

Zu den Haupterwerbsbetrieben zählen Betriebe, in denen das Einkommen des Betriebsinhabers (und ggf. seines Ehegatten) aus betrieblichen Quellen höher ist als das Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen. Das Gegenstück ist der Nebenerwerbsbetrieb. Die Typisierung in Haupt- und Nebenerwerb erfolgt nur für Betriebe in der Rechtsform eines Einzelunternehmens. Von 1997 bis 2007 bildeten die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach galten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

### **Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)**

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

### **Letztverbraucher**

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

### **Niederschlagswasserentgelt**

Das Entgelt wird für die Beseitigung von Regenwasser erhoben. Die anfallenden Kosten werden entweder auf den m<sup>3</sup> Frischwasser bezogen und sind dann im Abwasserpreis enthalten oder sie werden als Niederschlagswassergebühr flächenbezogen (z.B. je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche) in EUR je m<sup>2</sup> erhoben (gesplittete Gebühr). Grundstücke mit stark versiegelten Flächen, die viel Regenwasser in die öffentliche Abwasserkanalisation einleiten, werden dadurch stärker an den dafür anfallenden Kosten der Abwasserbeseitigung beteiligt.

### **Pendler/Pendlersaldo**

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

### **Schmutzwasserentgelt**

Hier werden die Kosten für die Einleitung von Schmutzwasser in die öffentliche Kanalisation und die Beseitigung von



verschmutztem Wasser dargestellt. Das Schmutzwassergelgelt wird in EUR je m<sup>3</sup> Frischwasser berechnet. Da in Baden-Württemberg die Abwasserbeseitigung noch vollständig in kommunaler Hand liegt, wird dafür keine Mehrwertsteuer erhoben.

#### **Steuerkraftmesszahl**

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

#### **Steuerkraftsumme**

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

#### **Straßenverkehrsunfälle**

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst - oder deren Fahrzeuge - Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie

stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

#### **Vollzeitäquivalente**

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel  $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \cdot T1\text{-Beschäftigte} + 0,4 \cdot T2\text{-Beschäftigte}$  berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

#### **Wassergewinnung**

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

#### **Wohngebäude und Nichtwohngebäude**

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

#### **Wohnräume**

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr m<sup>2</sup> Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



**Baden-Württemberg**

STATISTISCHES LANDESAMT

## So erreichen Sie uns

---

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale  
Telefax 0711/641-2440  
poststelle@stala.bwl.de

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.  
Rufen Sie uns an!

### Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden  
Telefon 0711/641-2833, Telefax -2973

### Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde.  
Telefon 0711/641-2876, Telefax -2973

### Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen  
Telefon 0711/641-2451, Telefax -2940

### Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen  
Telefon 0711/641-2866, Telefax 641-134062

### Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



# Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40  
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de